

Amerikanische Steuerbehörde setzt UBS unter Druck

Der Prozess gegen einen früheren Mitarbeiter gefährdet das Bankgeheimnis

Für die UBS steht viel auf dem Spiel im Steuerbetrug-Prozess gegen einen ehemaligen Angestellten in Florida. Die Bank könnte gezwungen werden, den US-Behörden Kundendaten und E-Mails herauszugeben.

Sebastian Bräuer, New York

Seit dieser Woche steht ein ehemaliger UBS-Mitarbeiter in Fort Lauderdale im Bundesstaat Florida vor Gericht. Bradley Birkenfeld ist gemeinsam mit seinem mutmasslichen Komplizen Mario Staggli aus Liechtenstein angeklagt. Sie sollen einem amerikanischen Bauunternehmer und Milliardär beim verdeckten Transfer von 200 Mio. \$ auf Schweizer und Liechtensteiner Konten geholfen haben, lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft.

Die UBS ist ins Visier der Fahnder geraten, seit die US-Steuerbehörde IRS ihr Vorgehen gegen Steuerhinterzieher verschärft hat. «Das Vorgehen der IRS ist definitiv aggressiver geworden», sagt Kevin Packman, Anwalt für Steuerrecht in der Kanzlei Holland & Knight. «Die Behörde macht Ernst und will zur Abschreckung Exempel statuieren.»

Im Fadenkreuz der Ermittlungen stehen nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Banker, die in den vergangenen Jahren die Transaktionen am Fiskus vorbei ermöglicht haben sollen – zum Beispiel der in Fort Lauderdale angeklagte Ex-UBS-Mann Birkenfeld.

Steuerbetrug ermöglicht

Der Anlageberater arbeitete von 2001 bis 2006 für die Schweizer Bank. In dieser Zeit habe er gemeinsam mit Staggli gegenüber wohlhabenden Kunden die Vorzüge des Bankgeheimnisses in der Schweiz und in Liechtenstein hervorgehoben, heisst es in der Anklageschrift. Die Staatsanwaltschaft listet in ihrer Anklage eine Vielzahl von Vorwürfen auf: Birkenfeld und Staggli sollen die Kunden gebeten haben, Schweizer Kreditkarten zu benutzen, da diese von den US-Behörden nicht zuzuordnen seien, und sämtliche Belege über ihre Offshore-Banking-Aktivitäten zu vernichten.

Ausserdem sollen sie laut der Anklage gegenüber der IRS «in betrügerischer Absicht» falsche Angaben gemacht haben. Sollten die Vorwürfe zutreffen, hätte ein leitender UBS-Mitarbeiter jahrelang organisierten Steuerbetrug ermöglicht.

Der 43-jährige US-Amerikaner Birkenfeld erklärte sich beim Prozessbeginn für unschuldig. Als Kronzeuge taucht in der Anklageschrift der Milliardär «I. O.» auf. Mehrere US-Medien gehen davon aus, dass es sich dabei um den Immobilienmogul Igor Olenicoff handelt. Dieser stand bereits wegen



Am UBS-Sitz in New York herrscht Nervosität. Die Bank könnte sich gezwungen sehen, Kundendaten herauszugeben. (Polaris/Dukas)

Steuerhinterziehung vor Gericht. Im Dezember 2007 einigte er sich mit der Regierung auf einen Vergleich. Dieser enthielt die Verpflichtung, 52 Mio. \$ zu zahlen und sämtliche Geldanlagen aus dem Ausland zurück in die Vereinigten Staaten zu holen. «Olenicoff hat kooperiert und ist so einer Gefängnisstrafe entgangen», sagt Rechtsanwalt Packman. Teil dieser Kooperation könne eine umfangreiche Aussage gewesen sein, die den jetzigen Prozess ermöglichen habe.

In der Anklageschrift heisst es mehrfach, dass an der Verschwörung weitere Personen beteiligt gewesen seien, deren Identität teilweise noch unbekannt sei. «Die IRS wird in dem Verfahren Druck ausüben, um an weitere Namen zu kommen», sagt Peter

Henning, Spezialist für Wirtschaftskriminalität an der Wayne-State-Universität. Aufgrund der hohen Millionenbeträge, um die es in dem Prozess geht, sei eine Höchststrafe von mehr als zehn Jahren Gefängnis denkbar: «Die Strafen für Steuerhinterziehung sind in den USA extrem hart.» Durch umfassende Kooperation könnten Birkenfeld und Staggli das Strafmass jedoch deutlich senken, sagt Henning.

Banklizenz in Gefahr

Das bedeutet: Es gibt einen starken Anreiz für die Angeklagten, weitere Namen zu nennen, sowohl von möglichen Komplizen als auch von Kunden. «Das wäre menschlich», meint auch Rechtsanwalt Packman. Und auch die nicht direkt angeklagte UBS gerät unter

Druck. «Sollten die Schweizer nicht kooperieren, könnte selbst die Banklizenz in den USA in Gefahr geraten», sagt John Coffee, Professor für Wirtschaftsrecht an der Columbia-Universität. Das wahrscheinlichste Szenario sei jedoch, dass der Bank eine aussergerichtliche Einigung angeboten werde. «Das würde voraussetzen, dass die UBS vollständig kooperiert und sämtliches Beweismaterial gegen Personen herausgibt, die von der Regierung verdächtigt werden, betrügerische Steuersparmodelle verkauft zu haben.» Die UBS müsste dann sämtliche E-Mails zwischen den Parteien zur Verfügung stellen, konkretisiert Coffee weiter. Was bedeuten würde, dass die UBS auch Namen und persönliche Daten von Kunden preisgeben müsste. Jurist Henning bestätigt die Einschätzung seines Kollegen Coffee: «Ich nehme an, dass die UBS kooperieren wird, weil alles andere zu gefährlich wäre.»

Möglicherweise steht der für die UBS äusserst schmerzliche Schritt, Details über Kunden preisgeben zu müssen, unmittelbar bevor. Die US-Staatsanwaltschaft werde von der UBS die Namen wohlhabender amerikanischer Kunden einfordern, berichtete das «Wall Street Journal» am Donnerstag. Die Zeitung berief sich dabei auf Anwälte und weitere mit dem Fall vertraute Personen. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft wollte den Bericht nicht kommentieren.

Beim Umsteigen am Flughafen Miami angehalten

Die UBS will zum laufenden Prozess keine Stellung nehmen. Aus dem Umfeld der Bank wird aber bestätigt, dass der jetzt angeklagte frühere Mitarbeiter Bradley Birkenfeld in der gleichen Gruppe arbeitete wie jener UBS-Kadernmann, dem in den USA im April der Pass abgenommen wurde und der sich seither den Behörden als Zeuge zur Verfügung halten muss. Es handelt sich dabei wahrscheinlich um Martin Liechti, Leiter Wealth Management International Ame-

ricas, was die UBS offiziell aber nicht bestätigt. Liechti sei beim Umsteigen im Flughafen Miami angehalten worden. Die UBS hatte bis letzten Herbst ihre US-Privatkunden über drei verschiedene Kanäle betreut. Neben dem Wealth Management in den USA selber gab es zwei Einheiten in der Schweiz, die US-Bürger bei «grenzüberschreitenden Geschäften» beraten hatten. Eine davon wird von den US-Behörden mitreguliert. Die andere wurde letzten Herbst aufgelöst. (st.)

Verdacht auf Veruntreuung: Geldverwalter inhaftiert

Zwei Verantwortliche der Zürcher Vermögensverwalterin Fideles & Associates werden beschuldigt, über Jahre Kundengelder veruntreut zu haben.

Daniel Hug

Seit Dezember 1999 hat Jürg Schmid aus Olten die Fideles & Associates in Zürich geführt. Er habe die Firma gegründet, «um exponierten Privatpersonen und Familien mit komplexen Besitz- und Vermögensverhältnissen eine ganzheitliche Beratung anzubieten», heisst es auf der Website seiner Firma.

Millionen verschwunden

Laut mit dem Fall vertrauten Personen haben Schmid und sein deutscher Mitarbeiter M. K. während Jahren Kundengelder veruntreut. Nun haben die Behörden eingegriffen. «Die Staatsanwaltschaft Kanton Solothurn führt ein Strafverfahren wegen qualifizierter Veruntreuung», bestätigt Sabine Husi, die Oberstaatsanwalt-Stellvertreterin des Kantons Solothurn. «Die beiden Beschuldigten befinden sich derzeit in Untersuchungshaft», teilt Husi mit. Die Staatsanwaltschaft gehe aufgrund ihrer Ermittlungen davon aus, «dass die beiden Beschuldigten Kundengelder in der Höhe von mehreren Millionen Schweizerfranken veruntreut haben», so Husi. Bis zum Vorliegen eines Urteils gilt die Unschuldsumutung.

Die Firma Fideles (abgeleitet vom lateinischen fidelis, was so viel wie ehrlich, treu bedeutet) mit repräsentativer Adresse an der Rämistrasse 50 in Zürich hat offenbar auch Geschäfte getätigt, für die sie keine Bewilligung der Eidg. Bankenkommission hatte. Am 28. März 2008 hat die Bankenkommission mit superprovisorischer Verfügung zwei Untersuchungsbeauftragte eingesetzt, welche nun für die Geschäfte der Fideles verantwortlich zeichnen. Sie stellen gegenwärtig Dokumente sicher und führen Ermittlungen durch.

Auch die EBK ermittelt

Die EBK hat auch die Firma FGP & Cie an der Seefeldstrasse 69 in Zürich unter ihre Fittiche genommen – und dort ihre beiden Untersuchungsbeauftragten eingesetzt. Die FGP & Cie ist die Muttergesellschaft der Fideles – und wurde bis vor kurzem ebenfalls von Jürg Schmid, Jahrgang 1939, geführt. Man sei spezialisiert auf «Risikomanagement, Finanz- und Liegenschaftsberatung und Steueroptimierung», beschreibt die FGP ihre Tätigkeiten. Als Immobilie bietet sie etwa das Schloss Sugenheim an, ein komplett renovierter Bau mit vierzig Räumen in der Nähe von Würzburg (D).

Der Beschuldigte hat seinen Firmen eine verschachtelte Struktur gegeben. Besitzerin der FGP in Zürich ist zu 90% die britische Firma FGP & Cie. Ltd. in London. Schmid führt zudem eine Beratungsfirma in Olten und ist seit 15 Jahren Verwaltungsratspräsident des währschaften Restaurant-Hotels Zunfthaus zum Löwen in Olten.

So wie Roger Federer können auch Sie bequem über den Wolken reisen und die Unannehmlichkeiten am Flughafen umgehen. Geniessen Sie Ihr eigenes Flugzeug und fliegen Sie nach Ihrem Terminplan 900 Flughäfen in Europa direkt an. Ihre persönliche Sicherheit wird immer unsere höchste Priorität sein.

IHRE EIGENE PRIVATE FLUGLINIE

NETJETS

+41(0)41 798 16 22

NETJETSEUROPE.COM